

**Motion der WoV-Kommission:  
Ergänzung der parlamentarischen Steuerungsinstrumente bei Dienststellen und  
öffentlich-rechtlichen Anstalten, die mit Globalkredit geführt werden**

Ein Kernelement der Führungsphilosophie einer wirkungsorientierten Verwaltungsführung (abgekürzt WoV) stellt die unmittelbare und enge Verknüpfung der Leistung einer staatlichen Organisationseinheit mit dem dafür zur Verfügung gestellten Globalkredit dar. Daraus lässt sich eine wichtige «Spielregel» für politische Entscheidungen ableiten: Wird ein Globalkredit abgeändert muss damit zwingend eine entsprechende Anpassung der Leistungsseite verbunden sein und umgekehrt. Mehr noch: Die Politik legt das Schwergewicht auf die Bestimmung der gewünschten Wirkungen und Leistungen und stellt hernach dafür die Finanzen global zur Verfügung. So war es im Grossratsbeschluss über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung (ABI 2001, 2591 ff.) vorgesehen.

Vor allem im Erziehungs- und Gesundheitsbereich arbeiten einige Dienststellen und öffentlich-rechtliche Anstalten mit sogenannten Leistungsaufträgen und Globalkrediten, bei denen die oben beschriebene enge Verknüpfung der Finanzen und Leistungen fehlt. Erste Erfahrungen zeigen, dass das Parlament nur die einseitige Veränderung des Globalkredites vornehmen kann, ohne gleichzeitig auch die Leistungsseite zu verändern. Dieser Umstand verunmöglicht sinnvolle und verantwortungsbewusste Entscheidungen in Kenntnis der ausgelösten Wirkungen, weil das Parlament nicht in der Lage ist, die Leistungsseite gezielt zu beeinflussen.

Die schrittweise Einführung von WoV hätte in absehbarer Zeit die Möglichkeit eröffnet, bestehende Lücken in der parlamentarischen Steuerung dieser Dienststellen und öffentlich-rechtlichen Anstalten zu schliessen. Der Abbruch des WoV-Projektes erfordert eine Ersatzlösung.

Die Regierung wird eingeladen, dem Kantonsrat Bericht und Antrag zu unterbreiten, wie die bestehende parlamentarische Kreditsteuerung bei Dienststellen und öffentlich-rechtlichen Anstalten, die mit Globalkredit geführt werden, durch eine stufengerechte parlamentarische Ziel- und Leistungssteuerung ergänzt werden kann.

24. November 2003

WoV-Kommission